

vorlesen
Gutachten zur Integration von Flüchtlingen



Forscher empfehlen sächsisches Integrationsgesetz

Die Zuwanderung von Flüchtlingen polarisiert - auch und besonders in Sachsen. Wissenschaftler der TU Dresden befürworten jetzt in einem Gutachten ein sächsisches Integrationsgesetz. Dieses könnte den gesellschaftlichen Zusammenhalt zum Thema einer öffentlichen Debatte machen.



Laut Studie der TU Dresden soll ein sächsisches Integrationsgesetz die gesamte Gesellschaft integrieren - nicht nur Zuwanderer.

Bildrechte: dpa

Sachsen kann ein Integrationsgesetz gut gebrauchen. Das ist - salopp formuliert - das Ergebnis einer Studie des Zentrums für Integrationsstudien an der TU Dresden (Zfi). "Ein Integrationsgesetz kann Rechtssicherheit schaffen und Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe in den Institutionen des Landes fest verankern", erklärte Hans Vorländer, Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der TU Dresden. Zudem würde sich das Land mit dem Gesetz deutlich gegenüber den Kommunen verpflichten.

Mutet diese Bilanz von außen trocken und nüchtern an, bedeutet sie jedoch nichts anderes, als ein bisschen mehr Ordnung und klare Regeln in einem Geflecht von Zuständigkeiten, das durch die Flüchtlingswelle entstanden ist in einem Meer an entstandenen Unsicherheiten zwischen Behörden im Land und in den Kommunen, Trägern von Flüchtlingseinrichtungen, Wohnungsanbietern, Ausbildungseinrichtungen, Sprachschulen, dem Arbeitsamt sowie Ärzten, Apothekern und Sozialarbeitern.

Integrationsgesetz als Signal

Die Wissenschaftler erhoffen sich von einem Gesetz jedoch mehr als praktischen Nutzen. Sie wünschen sich ein Signal der Politik an die Bevölkerung. "Ein Integrationsgesetz kann gesellschaftlichen Zusammenhalt zum Thema einer öffentlichen Debatte machen", sagte Zfi-Vorsitzende Heike Greschke. Das sei gerade vor dem Hintergrund der seit 2015 gestiegenen Zuwanderungszahlen besonders zu begrüßen.



Bildrechte: MDR/Katrin Tominski

„Vielleicht gelingt es mit dieser ✘
Debatte, mehr miteinander zu reden
und Übersetzungsfähigkeiten für die
Perspektiven des jeweilig anderen
zu entwickeln.“

Professorin Heike Greschke
| Zentrum für Integrationsstudien an der TU Dresden

"Ein Integrationsgesetz macht ein gesellschaftliches Phänomen sichtbar, was lange Zeit vernachlässigt worden ist", erklärt die Juristin Anne Mrotzek. In der Vergangenheit seien Fragen um die Integration vor allem pragmatisch betrachtet worden, ergänzte der Politologe Olivero Angeli. "Eine zunehmende Politisierung erleben wir erst seit dem Jahr 2010."



👉 Experten befürworten Integrationsgesetz

Über Integration wird viel geredet. In Sachsen gibt es eine Integrationsministerin, ein Integrationskonzept, ein Integrationsnetzwerk. Aber kein Integrationsgesetz. Das sei ein Mangel, sagen Dresdner Wissenschaftler.

MDR SACHSENSPIEGEL Mi, 21.02.2018 , 19:00 Uhr 01:55 min

Rechte: MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK

Ähnliche Gesetze bislang in vier Bundesländern

Dies ist nach den Ausführungen des Politologen Angeli auch an den bereits vorhandenen Gesetzen erkennbar. Setzen die vor der Flüchtlingskrise erlassenen Integrationsgesetze in Berlin, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg maßgeblich auf eine Einbeziehung von Migranten in alle Bereiche des Lebens, konzentrierte sich das 2016 aufgesetzte bayrische Gesetz vor allem auf die kulturelle Integration von Flüchtlingen.

Verschiedene Leitbilder

Den Wissenschaftlern zufolge liegen den Gesetzen "sehr verschiedene Leitbilder" zugrunde. Einerseits wird Integration als Chance betrachtet. Zuwanderer treten dabei nicht als Bittsteller an die Aufnahmegesellschaft auf. Das andere - bayrische - Leitbild sieht Integration als

"Anpassungsleistung der Zuwanderer".



Bildrechte: TU Dresden

an der TU Dresden

„Wir befürworten ein Leitbild, das Integration als Teilhabe und gesamtgesellschaftliche Chance versteht und weniger mit dem Begriff der Leitkultur argumentiert.“

Hans Vorländer
| Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte

Schleswig-Holstein will auch Gesetz für Integration

Neben Sachsen bereitet auch Schleswig-Holstein ein Gesetz vor. "Erstmalig wird ein Integrationsgesetz von einer Jamaika-Regierung verabschiedet", sagte Angelie. "Das könnte auch für Sachsen interessant werden". Es sei davon auszugehen, dass der Freistaat weder dem konservativen Leitbild aus Bayern noch Vorstellungen allein aus dem rot-rot-grünen Lager umsetzen möchte.

Sachsen hat bislang nur Zuwanderungskonzept

Sachsen hat bislang nur ein Zuwanderungskonzept aus dem Jahr 2012. Dies bedarf einer Anpassung an aktuelle Entwicklungen. Um "den Bedarf, die Voraussetzungen und die Umsetzungsmöglichkeiten für ein Integrationsgesetz in Sachsen zu prüfen" beauftragte das sächsische Ministerium für Gleichstellung und Integration das ZfI, ein Gutachten zu erstellen. Einbezogen wurden juristische, politikwissenschaftliche und erziehungswissenschaftliche Perspektiven. "Wichtig ist uns, dass wir eine unideologische Debatte führen. Die Ergebnisse der Studie geben uns nicht wenige praktische Gründe, was man wie noch bessern regeln kann", sagte Integrationsministerin Petra Köpping.

Sächsisches Integrationsgesetz für alle

Adressaten eines sächsischen Integrationsgesetzes sollen laut den Forschern nicht nur Zuwanderer sondern die gesamte Gesellschaft sein. Das Recht auf Teilhabe sollen alle Menschen erhalten, die in irgendeiner Weise benachteiligt sind und einen eingeschränkten Zugang zu Bereichen der Gesellschaft haben. Dazu gehören der ZfI-Vorsitzenden Gerschke zufolge auch Menschen aus bildungsfernen Familien, Menschen mit körperlicher oder geistiger Behinderungen und auch Bürger in Armut.

„Ich glaube, dass sich viele Menschen ausgeschlossen fühlen, weil sie sich in der Leistungsgesellschaft nicht als konkurrenzfähig einschätzen.“

Professorin Heike Greschke

| Zentrums für Integrationsstudien an der TU Dresden

Integration sei auch immer mit der sozialen Frage verbunden. Die Aspekte um kulturelle Unterschiede könnten nicht von sozialer Ungerechtigkeit abgekoppelt werden, sagt Greschke.

Empfohlene Maßnahmen des Zfi (Auszug)

der sächsische Ausländerbeauftragte wird zum Integrationsbeauftragten

freundliche Einbürgerungspraxis mit Informations- und Einbürgerungskampagnen sowie Einbürgerungsfeiern um den Erfolg der Integration zu fördern

Einrichtung eines Landesintegrationsrates für eine bessere und demokratischere Integrationspolitik

Einführung von kommunalen Beiräten zur Vertretung der Interessen von Migranten

Aufklärung über das deutsche Schul- und Ausbildungssystem

Flexiblere Berufsausbildungen mit Modulen sowie Zertifikaten um Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern

Interkulturelle Öffnung von Betrieben und Schulen

Politische Bildung und Demokratie-Erziehung an Sachsens Schulen

Sprachförderung

langfristig erhöhte personelle Ressourcen

Schulpflicht für alle

Islam-Unterricht

kleinere Vorbereitungsklassen

Linke bereiten eigenen Entwurf vor

Die Linken im Landtag kündigten an, in Kürze einen eigenen Gesetzentwurf vorzustellen. Zuspruch gab es von den Grünen und der SPD. Die AfD warf den Sozialdemokraten vor, die "Islamisierung Sachsens" per Integrationsgesetz fördern zu wollen.

In Sachsen leben rund 250.000 Menschen mit Migrationshintergrund.

Quelle: MDR/kt/jok/epd



Dieses Thema im Programm von MDR SACHSEN

MDR SACHSENSPIEGEL | 21.02.2018 | 19:00 Uhr

Zuletzt aktualisiert: 21. Februar 2018, 21:49 Uhr



7 Kommentare

 22.02.2018, 07:38 7
| **ach so**

Haben Zugewanderte auch Pflichten?

 22.02.2018, 07:37 6
| **Atheist aus Mangel an Beweisen**

Man will das Feuer mit Öl bekämpfen.

 21.02.2018, 00:38 5
| **Kontrovers**

Nun zum tausendsten Mal, Integration - wozu das Ganze? Die Leute haben überlebt, ein Dach überm Kopf, bekommen zu essen und müssen nun schulisch / beruflich auf die Rückkehr in ihre Heimat vorbereitet werden. Arbeitslose und ALG II-Empfänger gibt er schon genug hier. Den Anforderungen für eine geordnete Einwanderung werden diese Leute wohl leider nicht entsprechen. Ausserdem liebe Landesregierung, es ist bald Landtagswahl!

 21.02.2018, 00:12 4
| **DER Beobachter 2**

Der logischen "Schulpflicht für alle" einschließlich geistiger Anteilnahme haben sich alle zu stellen. Das

gilt nicht nur für Migranten-Kinder, auch für Kinder von AfD-Verstehern. "Langfristig erhöhte personelle Ressourcen" wurden nicht erst seit der "Migrantenschwemme" von RRG und langfristig denkenden Unions- und FDP-Politikern und nun neuerdings AfD gefordert. Der Frust über die bisherige Schulpersonalstreichungspolitik der CDU Sachsen erfasst mittlerweile jede Wählerschaft... Sprachförderung: Völlig richtig. Nicht nur für Migrantenkinder.... Politische Bildung und Demokratie-Erziehung...: Bevorzugtes Feindbild unserer gewohnten Rechtsaußen-Versteher. "Interkulturelle Öffnung": Ziemliches Allgemeingeschwätz, auf das sowohl "Linke" als auch "AfD-Versteher" mit Schnappatmung aufspringen. "Flexiblere Berufsausbildungen...mit Zugang zum Arbeitsmarkt" gibts ebenso unabhängig von politischer Anbieterei und Schwätzertum hier. ✕

21.02.2018,
23:15

3

| DER Beobachter 1

Nanu, so spät Artikel, der bei "Einschlägigen" zwanghaftes Pöbeln erzeugt? Zu "Empfohlenen Maßnahmen": Kleinere Vorbereitungsklassen: bereits vor Asylproblematik auch für die abgehängten sächsischen Schulversager von RRG, betroffenen Pädagogen und weitsichtigeren CDU-FDPlern gefordert. "Islam-Unterricht": Islam ist ausführlicherer Gegenstand sächs. Lehrpläne Ethik/Reli 8 sowohl hinsichtlich progress. Religion als auch deren Missbrauch durch Radikale. Wenn es um Islam-UR als "Ersatzfach" in Schulen mit vielen Muslimen geht, erinnere ich auf Vorstoß der CDU Hessen in den 90ern, in dem sie forderte, dass Islam-Unterricht analog christlichen Religionsunterrichts in Deutsch von einem an einer deutschen Universität geprüften Fachlehrer zu unterrichten sei. Sw. ich mich erinnere, pöbelten schon damals "konservative" Muslime (= heute Islamisten-Versteher) und "konservative" CDU-Freunde (= heute AfD-Versteher) gegen diesen sinnvollen Vorstoß.

21.02.2018,
22:18

2

| Janes

Lustig und traurig zugleich- die afD wirft vor, trägt aber nichts bei.

(Wenn man mal diesen widerlich-völkischen Antrag außer Acht lässt, die Kinder von Migranten vorsorglich zu isolieren)

21.02.2018,
22:08

1

| Phrasenhasser

Es war doch in Deutschland seit Jahren nicht mehr der Fall, dass Zuwanderer als "Bittsteller" auftreten mussten. Die haben ja nicht mal Papiere gebraucht, um Leistungen zu beziehen. Ebenfalls konnten die mit jedweder Förderung rechnen. Dafür sind bereits schon lange viele Mitglieder zahlreicher Organisationen tätig. Das reicht immer noch nicht? Muss man jetzt damit rechnen, dass es bald noch

eine Teilhabe-Quote geben wird? Eventuell nach der Art Quote, der wir Göring-Eckardt verdanken...

